schwarzes kleeblatt

~ Ausgabe 8 - April/Mai 2012 ~



V.i.S.d.P.: Jeff Monson, Märkische Allee 13 , 12679 Berlin

Zeitung der Anarchosyndikalistischen Jugend Berlin

Bilderreihe -

Der 1.mai ist international! Deswegen grüßen wir alle unsere anarchosyndikalitischen FreundInnen und wünschen einen kämpferischen Tag der Arbeit!



In einem Land vor unserer Revolution...

... müssen wir noch von Demo zu Demo rennen, um unserem Unmut Gehör zu verschaffen.
Neben dem 1. Mai kommen in den nächsten Monaten einige Pflichttermine auf uns zu, denen wollen wir uns auch voll und ganz in dieser Ausgabe widmen. Als erstes steht am 28. April der Workers Memorial Day vor der Tür. Noch nie davon gehört? Das ist weiter nicht verwunderlich, denn obwohl dieser schon 1984 ins Leben gerufen wurde und von da an immer weitere Kreise zieht, ist der WMD gerade in Deutschland noch ein Fremdwort. Wer das ändern will, informiert sich auf Seite 7 und wird aktiv. Einen Schritt weiter Richtung 1. Mai stoßen wir auch dieses Jahr wieder auf die „Wir bleiben alle“ Demo am 30. April. Die Demo thematisiert die immer weitergehende Verdrängung sozial schwacher Menschen aus dem Stadtzentrum. Wer nach all dem Hin und Her ein wenig Entspannung sucht, findet die erst wieder am 2. Mai. Während viele den Tag nutzen, um ganz zu Hause zu bleiben, wird unter dem Motto „Wir haben Zeit“ die traditionelle Demo zum „Kampftag der Arbeitslosen“ stattfinden: Infos auf Seite 9.
Doch hoppla! Ist der Redaktion etwa der zentralste Tag durch die Lappen gegangen? Keine Beiträge zum 1. Mai selber? Nein, diesmal wirklich nicht. Wir haben davon abgesehen, euch wieder mit Infos, Aktionsplänen oder Aufrufen zu versorgen. Wichtiger schien es uns mal auf die Tage drumherum zu schauen und euch mit Hintergundinfos zu versorgen. Wer trotzdem Lust auf einen schwarz-roten 1. Mai hat, kann uns gerne auf der Gewerkschaftsdemo, bei unserem Stand auf dem Mariannenplatz oder eben auf der revolutionären 1. Mai Demo besuchen.
Was die restlichen Artikel in dieser Ausgabe angeht, überlassen wir es euch diese zu entdecken. Es gibt noch einiges zu lesen und dabei wünscht wie immer viel Spaß,
die Redaktion des Schwarzen Kleeblatts.



P.s. Zum Thema wichtige Termine: Am 21.4.2009 fand das erste offizielle Plenum der ASJ Berlin statt. Aus diesem Anlass veranstalten wir einen Geburtstagstresen und ihr seid natürlich alle eingeladen. Alle Infos zu diesem und allen anderen Terminen die ihr in dieser Ausgabe findet sind auch nochmal ausführlich auf unserem Blog nachzulesen.



Für die paar Kröten?!

50€ mehr beim Minijob - na und?

Es ist beschlossene Sache. Für MinijobberInnen wird es voraussichtlich ab 1. Juli 2012 eine höhere Verdienstgrenze gelten. 450 statt 400 Euro sind es dann, die – ohne Abgabe von Sozialbeiträgen – verdient werden dürfen. Sogenannte MidijobberInnen, die reduzierte Beiträge einzahlen, dürfen ebenfalls 50 Euro mehr verdienen. Ihre Grenze steigt somit auf 850 Euro an. Doch heißt mehr Geld in diesem Fall auch tatsächlich mehr Lebensqualität?

Die Anhebung des möglichen Hinzuverdienstes ist nämlich nicht die einzige Gesetzesänderung, die die schwarz-gelbe Koalition im Niedriglohnsektor auf den Weg gebracht hat. Mini- und MidijobberInnen werden nun auch bald Teil des Rentensystems. Für 4,6 Prozent (in Privathaushalten 14,6) Prozent des Lohns, ist es ArbeitnehmerInnen dann möglich, vollwertige Rentenversicherungsbeiträge zu leisten. Ein Schritt, den sich einige jedoch vielleicht zwei mal überlegen werden, da Minijobbende oft jeden monatlichen Euro benötigen. Die Möglichkeit des Verzichts auf die Beitragszahlung besteht nach schriftlicher Erklärung gegenüber der ArbetgeberInnen.

Was auf der einen Seite als politischer Erfolg verkauft wird, lässt sich in der langfristigen Analyse eher als Trauerspiel bezeichnen. Die geringfügigen Beschäftigungsverhältnisse, als Erbe der Ära Schröder und der Hartz-Gesetzgebung, boomen seit ihrer Schaffung nahezu unaufhaltsam. Immer mehr Leute wollen oder müssen einen Minijob annehmen. Darunter fallen neben „Arbeitslosen“ immer häufiger SchülerInnen, StudentInnen, Azubis, RentnerInnen, aber auch regulär Beschäftigte, denen ein Job nicht mehr zum Leben reicht. Die Politik handelt seit dem weniger mit Ursachen-, sondern eher mit Symptombekämpfung. ArbeitgeberInnen wird es immer schmackhafter gemacht, jene Beschäftigungsverhältnisse im eigenen Betrieb zu schaffen, anstatt den Ausbau regulärer Arbeitsverhältnisse zu fördern…

So sehr man also im ersten Moment die Minijobreform mit einem lachenden Auge betrachten mag, weint das andere daraufhin umso mehr. Vor allem uns Betroffenen ist klar, dass mit diesem Schritt unsere Perspektivlosigkeit ein Stückchen tiefer verankert wurde. Niedriglöhne werden nach und nach zum Standard. Eine ganze Bevölkerung verarmt – jedeR ist gefährdet.

Wie weiter? Auf die Politik können wir uns nicht verlassen. Unser Ziel kann es nicht sein, Teil von ominösen Treffen in Hinterzimmern oder parlamentarischen Entscheidungsprozessen zu werden, sind doch alle Parteien Schuld an der herrschenden Misere. Nein, wenn wählen etwas verändern würde, wäre es nicht so leicht oder gar verboten. Veränderung ist eine Sache der Zeit und der Geduld, vor allem jene auf großer Ebene. Doch setzt Geduld eines voraus: dass wir aktiv werden und bleiben, nicht blindlings auf ein Wunder hoffen. Wir müssen dort anfangen, wo schon heute unser Wirkungsbereich liegt. Was halten beispielsweise eure KollegInnen oder minijobbenden FreundInnen von der Reform? Sehen sie sie ähnlich problematisch? Was könnt ihr dagegen tun? Gibt es andere Sachen, die euch direkt auf eurem Arbeitsplatz stören und die ihr vielleicht durch Absprache und koordiniertes Vorgehen realistisch verändern könnt?

Es lohnt sich, dies zumindest zu probieren, denn in Zeiten, in denen es immer dusterer wird, sind wir diejenigen, die Selbstverantwortlichen, die für unser eigenes und gemeinschaftliches und soziales Glück kämpfen müssen. So sollte jedeR bei sich selbst anfangen und handeln! SK

Mehr Infos zu Minijobs und Vernetzungsmöglichkeiten: **minijob.cc**







Ohne die Lizenz zum Menschsein

Migration und Arbeit in der EU

„Gegen wen sind die Pässe und die Einreisevisen gerichtet? Gegen die Arbeiter. Gegen wen sind Beschränkungen der Einwanderung in Amerika und in anderen Ländern gerichtet? Gegen die Arbeiter. Und auf wessen Veranlassung und mit wessen machtvoller Unterstützung sind häufig die Gesetze, die die Freiheit des Menschen beschränken, ihn zwingen dort zu leben, wo er nicht leben will, ihn verhindern, nach jedem Teil der Erde zu gehen, wo er gern leben möchte, geschaffen worden? Auf Veranlassung und mit Unterstützung der Arbeiterverbände. Ein Biest im Bieste; Ich schütze meine Sippe; wer nicht zu meiner Sippe gehört, der mag zugrunde gehen; geht er zugrunde, um so besser, dann bin ich einen Konkurrenten los. Yes, Sir.“
B. Traven: Das Totenschiff (1926)

Der 1. Mai, Kampftag der ArbeiterInnenbewegung, gibt heute, anders als vielleicht noch zu Zeiten des anarchistischen Autors Traven, leider wenig Hoffnung auf die baldige Selbstbefreiung der lohnabhängigen Bevölkerung. Die Beschränktheit heutiger Massengewerkschaften auf den eigenen Staat, den eigenen Standort, die eigene Branche, kurz den eigenen Arbeitsplatz, lässt vor allem jene Menschen außen vor, die nicht einmal gültige Papiere haben und damit, wie Travens Roman schon damals deutlich machte, theoretisch gar nicht existieren dürften.

Laut offiziellen Schätzungen arbeiten heute zwischen 2,8 und 6 Millionen Menschen ohne diese ‘Lizenz zum Menschsein’ in der EU. Sie sind in Bereichen tätig, die von EuropäerInnen mit Staatsbürgerschaft nach Möglichkeit gemieden werden: Auf unzureichend gesicherten Baustellen, in der Reinigungs- und Abfallbranche oder bei der Gemüseernte. Frauen werden, neben dem Einsatz in der Textilindustrie, immer häufiger von Privathaushalten als Dienstmädchen oder für die Pflege Angehöriger engagiert. Weil sie keine Arbeitserlaubnis besitzen und ihre Rechte als ArbeiterInnen nicht einklagen können, da sonst die Gefahr der Abschiebung droht, sind sie dabei besonders leicht ausbeutbar. In Frankreich beträgt der Lohn eines „Illegalen“ im Durchschnitt die Hälfte des Mindestlohns, die durchschnittliche Arbeitszeit das Doppelte des gesetzlich Erlaubten. Gleichzeitig sind sie aus dem öffentlichen Leben weitgehend ausgeschlossen, besitzen oftmals keinen Zugang zu Bildungs- und Gesundheitssystem und sind so auf die Hilfe lokaler Initiativen, NGOs oder gegenseitige Solidarität angewiesen. Dabei stellt die billige Arbeit der Illegalisierten einen entscheidenden Wirtschaftsfaktor in der EU dar. Ganze Produktionszweige sind auf sie angewiesen. In Süditalien erwirtschaften sie, laut Migrationsforscher Jürgen Bade, gar 30% des Bruttosozialprodukts. Kein Wunder also, dass diese Verhältnisse von staatlicher Seite geduldet werden. Kommt es doch einmal zu einer Verfolgung, so trifft die Bestrafung die ArbeiterInnen meist härter als die Unternehmen.

Währenddessen wird der Kampf gegen sogenannte „irreguläre“ MigrantInnen, die meist aus Osteuropa, Asien oder dem subsaharischen Afrika stammen, an den Grenzen Europas immer weiter verschärft. Modernste Überwachungstechnologie und das militärische Vorgehen der EU-Grenzschutztruppe Frontex zwingen die EinwanderInnen auf immer gefährlichere Routen, Flüchtlingsboote werden zur Umkehr gezwungen und humanitäre Hilfe verweigert. Nach NGO-Zählungen sind seit 1988 über 15.000 Menschen beim dem Versuch gestorben, die EU ohne Genehmigung zu betreten. Kein Wunder, dass die Drecksarbeit zunehmend ausgelagert wird und Hilfszahlungen an Nachbarstaaten immer häufiger an Kollaboration gebunden werden. Das Ergebnis sind die Folterlager in Libyen, das „Aussetzen“ von Menschen in der marokkanischen Wüste, mittlerweile aber auch der Druck von fälschungssicheren Reisepässen in Nigeria oder das Aufstellen von Schildern, die vor einer Auswanderung warnen, tausende Kilometer von der europäischen Grenze entfernt.

Angesichts der ansehnlichen Profite aus „illegaler“ Arbeit scheint dies zu-





nächst widersinnig. Doch ohne die Verfolgung von Grenzübertritten – die Illegalisierung der Einwanderung – gäbe es diesen besonderen Arbeitsmarkt überhaupt nicht. Außerdem bringen die billigen Arbeitskräfte dem jeweiligen Land zwar einen Konkurrenzvorteil auf dem Weltmarkt, die Weltmarktkonkurrenz selbst ist jedoch nur aufrecht zu erhalten, wenn weiterhin jedes Nationchen sein eigenes Völkchen zur Arbeit treibt. Zumindest prinzipiell: Denn die EU als kapitalistische Führungsmacht ist in der bequemem Situation, sich nach Belieben auf dem internationalen Arbeitsmarkt bedienen zu können. Ist der Bedarf hoch, werden eingewanderte „Illegale“ auch mal „legalisiert“. Deutschland sicherte sich schon mit den einstigen „Gastarbeiterprogrammen“ – wenn auch nur unter Drängen der NATO-Verbündeten – billige Arbeiitskräfte für den industriellen Wachstum. Mit der weitgehenden Verlagerung der Konsumgüterproduktion ins Ausland und dem Ende der Massenbeschäftigung änderte sich auch der Bedarf. Mittlerweile geht es um die Zuwanderung von hochqualifizierten Kräften; mit Hilfe von „Blue Cards“, Universitätsfilialen im Ausland und sogar dem ersten EU-Arbeitsamt in Mali soll dafür gesorgt werden, dass künftig nur die „richtigen“ MigrantInnen ins Land kommen.

Aber auch für jene BilliglöhnerInnen, die bis heute noch unabkömmlich waren, werden die Zeiten (noch) schlechter: Angesichts der derzeitigen Wirtschaftskrise und steigender Arbeitslosigkeit vor allem im Süden Europas, sind nun auch Einheimische bereit, die miesen Jobs zu machen. Zudem senken die flächendeckenden „Sparmaßnahmen“ auch deren Lohnkosten, sodass die Beschäftigung Illegalisierter, angesichts der Gefahr von Geldbußen, mancherorts kaum noch ein wirtschaftlicher Vorteil für die Unternehmen ist. Anstatt sich aber gemeinsam gegen die unvermeidliche Krisenhaftigkeit der Lohnarbeit zu stellen, werden jene, die oft schon seit Jahrzehnten ihre Existenz in der „Schattenwirtschaft“ bestreiten, plötzlich als unliebsame Konkurrenz wahrgenommen und rassistische Ressentiments haben Hochkonjunktur. Ein Phänomen, das sich auch in Deutschland zeigt – trotz der relativen Abschottung vor Einwanderung durch seine Lage in der Mitte Europas und eine besonders restriktive Ausländerpolitik. Zum Beispiel bei den etablierten Gewerkschaften. So hat etwa die IG-BAU vor einigen Jahren dazu aufgerufen, „illegale“ KollegInnen über eine eigens eingerichtete Hotline anzuzeigen. Mittlerweile gibt es zwar auch positive Beispiele, wie die Anlauf- und Beratungsstelle „MigrAr“ der Dienstleistungsgewerkschaft Verdi, die auch eine Vertretung in Gerichtsverfahren anbietet. Solange sich aber eine Gewerkschaft vor allem als “Partner” der deutschen Unternehmen versteht, Entscheidungen zu Gunsten “nationaler” Lösungen, wie zuletzt im Fall Opel, fällt und sich politisch dem “Wohl des Standortes” unterordnet, bleibt sie Teil des Problems, statt zu seiner Überwindung beizutragen.Denn ein würdiges Leben für alle kann letztlich nur gegen das System der globalen Konkurrenz selbst erkämpft werden. sk







The Kids aren't united!

Ein Beitrag über die globale Bedeutung von Kinderarbeit

Der 1. Mai ist in vielen Staaten rund um den Globus als „Maifeiertag" ein wichtiger gesetzlicher Feiertag. Darüber hinaus ist auch die Bezeichnung „Kampftag der Arbeiterbewegung" gängig und durchaus sinnvoll. Schließlich ist die Geschichte dieses Tages eng mit den sozialen Kämpfen von Arbeitern und Arbeiterinnen verbunden. Genau gesagt, wurde 1889 dieses Datum gewählt, um den getöteten Arbeitern des Haymarket Riot in Chicago 1886 zu gedenken.

Woran beim Tag der Arbeit allerdings wenig gedacht wird, ist Kinderarbeit.

In diesem Artikel geht es jedoch nicht um die 15 jährigen Jungen und Mädchen, die aus eigenem Antrieb in den Ferien ein paar Zeitungen austragen oder vielleicht ab und zu bei der Arbeit im Garten helfen. Es geht um systematische Ausbeutung von Kindern und Jugendlichen, denn weltweit sind über 125 Millionen von ihnen in diversen Wirtschaftsbereichen beschäftigt, ohne dass sie über ihre Rechte informiert werden oder ihnen die Möglichkeit gegeben wird zur Schule zu gehen und sich somit selbst aus der Abhängigkeit zu befreien. Nach UN-Angaben sind sogar insgesamt ca. 320 Millionen Kinder auf wirtschaftlich aktiv. Die Zahlen belegen, dass Kinderarbeit Teil des globalen Wirtschaftssystems ist. In allen Gesellschaften lässt sich Kinderarbeit feststellen, die Frage ist nur warum Kinder arbeiten müssen.

So gibt es oben erwähnte Minderjährige, die freiwillig arbeiten, um teilweise wirtschaftliche Unabhängigkeit von ihren Eltern zu erreichen oder persönliche Bedürfnisse befriedigen zu können, aber auch solche, denen keine Wahl gelassen wird und die auch nicht gefragt werden. Meistens können sich, in den zuletzt genannten Fällen, die Eltern der Kinder kaum über der absoluten Armutsgrenze halten und sind daher auch auf die Arbeit ihrer Kinder angewiesen um überhaupt überleben zu können.

Kinderarbeit besitzt viele Facetten und alle Arten von Arbeit werden von Kindern ausgeübt. Manche ernten Früchte, Kaffee- oder Kakaobohnen, andere sitzen stundenlang in Fabriken und nähen billige Klamotten für KiK, H&M oder andere Unternehmen. Zuletzt wurde Ausbeutung von Kindern im Oktober 2011 auch bei der I-Phone Herstellung von Apple bekannt. Außerdem arbeiten viele Kinder im Tourismusbereich als Putzkraft oder in anderen Dienstleistungsbereichen.

Durch die globale Konkurrenz in allen Wirtschaftsbereichen und die damit verbundenen exzessiven Preissenkungen in der Produktion wird Kinderarbeit erst richtig lukrativ. Leider sind Kinder in diesem Prozess des ständigen Konkurrierens die wehrlosesten Menschen und das System Kinder in Vollzeitbeschäftigung zu zwingen, wird für die betroffenen zum Teufelskreis. Die Menschen, welchen durch Kinderarbeit Bildung vorenthalten wird, verfügen auch als Erwachsene nicht über die Möglichkeiten aus der Ausbeutung auszubrechen. Dazu kommt, dass Kinder bewusst engagiert werden, da diese kaum organisiert sind und daher im Kampf um gerechte Bezahlung und menschenwürdige Arbeitsverhältnisse machtlose ProtagonistInnen sind und automatisch den kürzeren ziehen würden.

Das ständige Wetteifern um immer billigere Arbeitskraft und natürliche Ressourcen ist ein so elementarer Bestandteil unserer derzeitigen Wirtschaftsordnung, dass ein Verbot der Kinderarbeit, wie es jährlich am 12. Juni zum „Welttag gegen Kinderarbeit" gefordert wird mit größter Wahrscheinlichkeit nichts an den ausbeuterischen Verhältnissen ändern würde. Was in einigen Fällen noch durch Fair Trade oder ähnliche Kompromisse mit dem kapitalistischen System abgeschwächt werden kann, wird in anderen Bereichen weiter gnadenlos umgesetzt.

Denn, solange Menschen gezwungen sind ihre Arbeitskraft zu verkaufen und Betriebe auf dem Weltmarkt konkurrieren bzw. mithalten müssen, wird es Kinderarbeit und Missachtungen von Arbeitsrechten geben. Durch Kinderarbeit wird schließlich nur das System der Lohnabhängigkeit weiter gefestigt, das strukturell genau so vorgesehen ist und aus dem ein Ausweg schwerfällt.

sk





Narben der Lohnarbeit

Ein Aufruf zum Workers' Memorial Day am 28ten April

Die Arbeit zeichnet uns. Sie ist oft gefährlich, oft erschöpfend, oft ungesund. Nach einem harten Arbeitstag sind es häufig physische und psychische Narben, die uns ungewollt an die Schufterei vom Tag erinnern. Wie gern würden wir doch dem Stress, der Hetzerei, dem Mobbing, für nur einen Feierabend entkommen, das alles einfach ausblenden. Doch so läuft das nicht. Der Druck bleibt da. Nach Arbeitsende bleibt die Angst. Angst vor dem nächsten Anschiss, der nächsten Erniedrigung, oder vor der Kündigung. Schon der bloße Gedanke reicht aus, um in Stress zu geraten. Wir schmeißen uns daher auf die Couch, um in die Glotze starren, Bewusstlos zu werden, uns ein Lächeln ins Gesicht zaubern zu lassen.

Im Jahr 2010 ereigneten sich in der BRD 1.178.432 Wege- und Arbeitsunfälle, davon 16.564 schwere (Angabe der dguv). Ebenso viele Menschen werden, dort wo einst eine Wunde klaffte, eine Narbe entwickelt haben. Sie werden mit kleineren und größeren Beschwerden zu leben haben. Einige werden noch immer traumatisiert sein. Sie werden von ihrem Unfall psychisch belastet sein, werden sich fürchten wieder an den Ort des Geschehens zurückkehren zu müssen – an ihren täglichen Arbeitsplatz.

Narben diagnostizieren!

Die Bedingungen, welche unsere Narben verursachen, sind schnell gefunden: Es sind unsichere Arbeitsbedingungen, mangelhafte Ausbildungen und das Restrisiko gefährlicher Jobs, dass man uns zumutet. Ein Risiko, dass man versucht uns schmackhaft zu machen, indem man es entweder verharmlost, oder es glorifiziert, es als Wert an sich darstellt. So werden riskante Tätigkeiten mit Slogans wie „Jobs für ganze Kerle“ beworben. Eine Werbestrategie, die versucht mittels entsprechender Symbolik an sexistische Idealbilder anzuknüpfen. Manche Berufsfelder, wie solche zur See oder unter Tage, werden dann ganz bewusst als Arbeit in einer Männergemeinschaft beworben. Oft ist es allerdings auch einfach so, dass gefährliche Arbeit romantisiert wird, indem sie so dargestellt wird, als ob sie Raum zur Selbstverwirklichung biete.

Doch wo liegt die Ursache für das ganze Übel? Zum einen ist es der Druck am Arbeitsplatz, das “ Schnell, schnell!“ welches uns aus dem Takt einstudierter und sicherer Arbeitsschritte bringt und die veralteten Geräte an denen man uns arbeiten lässt. Profit lässt sich nun mal nicht erzielen, wenn man teure Sicherheitsstandards einhalten muss. Ein Arbeitgebersprecher würde wohl entgegnen: “Aber die Unfallrate am Arbeitsplatz findet doch heute ihren geschichtlichen Tiefststand. Es gibt sowenig Arbeitsunfälle wie nie zuvor.“ Nun, er hat Recht. Doch diese Entwicklung offenbart keinen roten Faden deutscher Unternehmenspolitik, diese Entwicklung wurde in zähen Auseinandersetzung gegen die Interessen von ArbeitgeberInnen erkämpft.

Narben wieder bewusst machen!

Die Möglichkeit Arbeitsplätze sicher zu gestalten, fällt im derzeitigen Wirtschaftssystem in erster Linie den Chefs zu, doch wie gesagt: Unsichere Arbeit kann sich rechnen und so besteht oft kein Interesse an der Sicherheit der ArbeiterInnen.

Das Interesse der ArbeitgeberInnen an sicheren Arbeitsbedingungen ist ein wirtschaftlich kalkuliertes oder gesetzlich erzwungenes. Im günstigsten Fall, wird sich an die Unfallverhütungsvorschriften der Berufsgenossenschaft gehalten. Im ungünstigen Fall interessiert nur, inwiefern mit einem Arbeitsunfall das durchschnittliche Unfallrisiko im Betrieb und damit der Jahrebeitrag an die Berufsgenossenschaft steigt. Die Gefahr am Arbeitsplatz wird auf eine Variable betriebswirtschaftlicher Logik reduziert, die nur wichtig ist, weil sich die ArbeitgeberInnen mit ihr ausrechnen können, inwieweit es sich lohnt Gefahr am Arbeitsplatz zuzulassen. In jedem Fall bleibt das Risiko für die LohnarbeiterInnen ungewiss. Sie sind dem Gutdünken des Chefs ausgeliefert und müssen es hinnehmen, wenn Sicherheitsvorschriften lax gehandhabt werden. So lässt man im Betrieb auch mal unter schwierigen Bedingungen weiterarbeiten, wenn es der zeitliche Druck eines Auftrags verlangt. Wenn dann etwas passiert, sind die Arbeitge-





Foto: Arbeiter der Betreibergesellschaft Tepco werden in Fukushima einer unsichtbaren Gefahr ausgesetzt.

berInnen in der Regel von einer Haftung befreit. Es muss erstmal nachgewiesen werden, dass der Unfall kein Selbstverschulden war. Tritt dieser Fall nicht ein, dann haben die LohnarbeiterInnen nur Anspruch auf Leistungen aus der gesetzlichen Unfallversicherung.

Es sollte klar geworden sein: Unser Interesse für die Vermeidung unsicherer Arbeitsbedingungen ist ein grundlegend anderes, als das eines Arbeitgebers. Es ist nicht die Angst, die Gefahr, oder das Leid, welches ArbeitgeberInnen zur Vermeidung von Arbeitsrisiken bewegt. Es ist in erster Linie die finanzielle Kalkulation und der gesetzliche Zwang. Doch auch der Druck von uns LohnarbeiterInnen führt dazu, dass Sicherheitsstandards überhaupt als solche anerkannt und wir nicht ausschließlich als Ressource betrachtet werden. Wir LohnarbeiterInnen sind gezwungen ein Spiel auf Messerschneide zu spielen. Ob unsere Arbeitsbedingungen sicher sind, darauf ist kein Verlass. Wir selbst bleiben im Ungewissen, ob unsere Arbeitsbedingungen die notwendigen Standards erfüllen.

Unser Leid ist also ein systhematisches Leid. Wir müssen uns nur die Häufigkeit seines Auftretens bewusst machen. Niemand soll uns erzählen, wir seien ein Einzelfall. Unsere Narben, sind Narben der Lohnarbeit!

Narben sichtbar machen!

Narben verdecken wir oft. Wir tragen sie unter unserer Kleidung oder retuschieren sie. Psychische Narben kennzeichnen wir oft als selbstverschuldete Idiotie oder Verrücktheit. Unter keinen Umständen möchten wir sie offenbart sehen. Denn ob psychisch oder physisch, wir sehen Narben als unsere persönlichen Makel an. Aus dieser Selbstverurteilung, ziehen die Ursachen und Urheber stärke. Sie können darauf spekulieren, dass Narben versteckt und Missstände verborgen bleiben.

Wir, die ASJ-Berlin, rufen euch dazu auf Schluss zu machen mit diesem Maskenball. Weder seid ihr verantwortlich für eure Narben, noch wird euch jemand verantwortlich für diese machen, solange ihr das nicht selber tut. Zeigt eure Narben offen und erklärt euren FreundInnen und KollegInnen woher sie stammen. Der 28. April bietet die Gelegenheit dazu.

An diesem Tag, dem Workers‘ Memorial Day, wird weltweit den durch Arbeitsunfälle verletzten oder umgekommenen ArbeiterInnen gedacht. In Deutschland wurde im letzten Jahr erstmals mit Aktionen und Veranstaltungen seitens der FAU zur Begehung des Tages aufgerufen. In diesem Jahr sollten wir ihn nutzen, um die Logik einer messerscharfen Marktwirtschaft sichtbar zu machen.

Im Jahr 2010 starben allein in Deutschland 886 LohnarbeiterInnen an Wege- und Arbeitsunfällen (Angabe der dguv). Weltweit sterben jährlich etwa 2,2 Millionen Menschen durch Arbeitsunfälle und berufsbedingten Erkrankungen.

Doch wir LohnarbeiterInnen sind keine MasochistInnen, wir wollen nicht in einem System leben in dem aufgrund von Profitstreben das Vermeidbare weiter passiert. In diesem Sinne: „Remember the dead – fight for the living!“ sk





2. Mai: Kampf- und Feiertag der Arbeitslosen

2. Mai. Der Tag der Arbeit ist vorbei und immer noch alles wie’s vorher war. Wie jedes Jahr schimpfen die Zeitungen auf die „Chaoten“. Hier und da noch eine gesprungene Schaufensterscheibe, doch dank der BSR blitzen die Straßen schon wieder – und ein heftiger Kater scheint den Weg zur Arbeit oder zur Schule unnütz zu verlängern. Ein Tag lang Revolution gespielt und schon wieder Alltag.

„Kein Schweiß für Geld!“ ist die Parole, derer, die am 2. Mai nochmals auf die Straße gehen. Auf ihren Schildern sieht man ihren Freund, den Roboter, der alles für sie erledigt. Und so ziehen sie durch die Straßen und skandieren „Wir haben Zeit“. Ist denen denn langweilig!? Ich hätte auch gern Zeit um einfach mal so auf die Straße zu gehen, einen Nachmittag im Schwimmbad oder im Park zu verbringen, ein Eis zu genießen oder meinE FreundIn zu verwöhnen, aber ich muss ja malochen, Geld verdienen.

Und dann kommen die daher und erzählen mir auch noch, dass Arbeit unglücklich macht. Vielen Dank, aber das merk ich schon selbst.

Sie haben frei, arbeiten nicht und sind da offensichtlich auch noch stolz drauf. Was würde denn passieren, wenn das alle machen würden? Natürlich würde die Welt untergehen, so siehts nämlich aus!

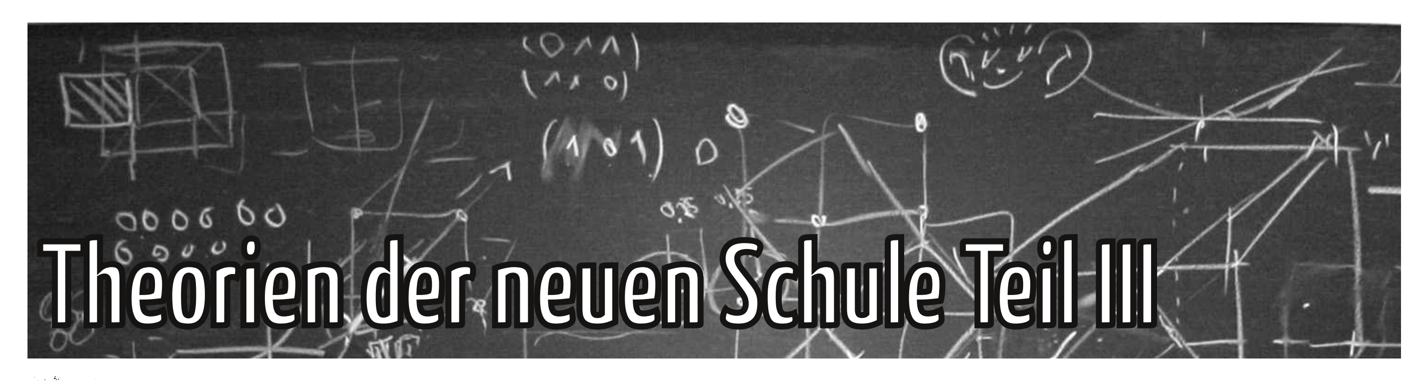
Doch Wut und Weltuntergang mal beiseite gelassen. Wann immer wir Hausaufgaben abschreiben, weil wir Besseres zu tun haben; wann immer wir den Unterricht schwänzen, weil das Wetter zu schön ist; wann immer wir die Vernunft zurück lassen, weil uns die Lust überkommt, geben wir ein ganzes Stück von uns Preis. Nämlich den Teil von uns, der unzufrieden ist mit dem Zwang zur Arbeit, unabhängig davon wie diese aussieht.

Und genau deswegen kann sich die 2004 von einer Künstlergruppe gestartete Demo zum „Kampfttag der Arbeitslosen“ rühmen, den ureigensten Bedürfnissen der Menscheit ein Forum zu bieten. Jahr für Jahr wird gefeiert, was sich sonst in der Öffentlichkeit nur vorsichtig formulieren lässt: Die Lust an der Freizeit, die Vorzüge des Nichtstuns und die klare Absage an Konkurrenzdenken und Leistungsgesellschaft. Die Idee ist simpel. Arbeitslose jeglicher Couleur, in den Medien und in Debatten stigmatisiert oder scheinheilig bemitleidet, nutzen die Demo um auszuleben, was ihnen niemals zugestanden wird. Die bewusste Freude darüber, dass man seine Lebenszeit nicht in miefigen Betrieben verschwenden muss. Anders als die Bezeichnung „Kampftag“ vermuten lässt, zeichnet sie sich gerade dadurch aus, dass die Beteiligten die Demo wie einen gepflegten Sonntagsspaziergang begehen. Für viele Außenstehende ist genau das der Grund, sich aufzuregen. Denn sieht man nicht genauer hin, entgeht es einem schnell, dass bei aller Unbeschwertheit auch ernste Themen und konkrete Lösungsansätze vermittelt werden. Neben der relativ gängigen Forderung nach einem bedingungslosen Grundeinkommen, geben auch Schilder wie „Mein Freund der Roboter“ zu denken. Warum muss sich technischer Fortschritt, dessen Folge verminderte Nachfrage nach menschlicher Arbeitskraft ist, immer negativ auf die potenziellen ArbeiterInnen auswirken?

Ob man nun versucht, seine Situation als arbeitsloser Mensch zu verändern, oder ob man sich damit zufrieden gibt, was man hat. Der 2. Mai ist immer wieder ein guter Anlass, KarrieristInnen einen Spiegel vorzuhalten und die Frage aufzuwerfen: In was für einer Gesellschaft leben wir, dass wir offene Hetze gegen Menschen zulassen, die nicht haben, was wir alle eigentlich nicht haben wollen: Lohnarbeit??

sk





Theorien der neuen Schule Teil III

Zwischen Selbstbildung und Bildungsstreik

Zwei Pole und möglicherweise eine machtvolle Symbiose. Wie Bildungsstreikbewegung und selbstverwaltetes Lernen sich ergänzen könnten.

Im dritten Teil unserer Bildungsreihe, wagen wir den Schritt zurück in die Gegenwart. Von der Theorie sokratischer Pädagogik schreiten wir in die Praxis, die Bildungspolitik von heute. Um uns nicht theoretischen Utopismus vorwerfen lassen zu können, stellen wir in dieser Ausgabe einen Konzeptvorschlag vor, der sich ganz praktisch an die gegenwärtige Bildungsstreikbewegung richtet. Einer Bewegung in die gerade in den letzten Jahren viel Mühe und Motivation geflossen ist, hingegen aber kaum praktische Erfolge gefeiert werden konnten. Doch die Bildungsstreikbewegung hat Perspektive.

Unter all den Feldern jugendlichen Engagements, gibt es nämlich kaum einen Bereich in denen Jugendliche ein ähnlich großes Bedürfnis nach Veränderung entwickeln als in ihrem täglichen Umfeld, der Schule. Bildungspolitik, ist spätestens seit dem vergangenen Bildungsstreik jedem Schüler oder Studenten ein Begriff. Wenn auch kein positiv besetzter. Denn Lösungen scheinen in unereichbarer Ferne zu liegen und selbst die vergangenen Bildungsstreiks ließen praktische Ergebnisse vermissen, obwohl sie wohl das bekannteste Forum für aktive SchülerInnen waren.

Den Schul- oder Universitätsalltag zu überleben, diese Möglichkeit bieten Selbstlerngruppen. In diesen können sich SchülerInnen zusammensetzen und ohne Stress, Angst und auf gleicher Augenhöhe lernen. In ihnen wird gelernt, was die SchülerInnen wollen und das ohne Autorität. Doch solche Gruppen bestehen momentan nur mit dem Bildungssystem und nicht dagegen[1]. Sie stellen derzeit kein Instrument eines praktischen Kampfes[2] dar. Fähig alternative Pädagogik für einzelne Personen umzusetzen, sind sie unfähig weitreichende Konflikte auszutragen.

Mit Selbstlerngruppen und Bildungsstreiks haben wir zwei positive bildungspolitische Ansätze die bisher leider nur mäßigen praktischen Erfolg verzeichnen konnten. Doch ermöglicht vielleicht gerade die Synthese dieser beiden Ansätze eine Bewegung, die SchülerInnen langfristig aktivieren kann, alternativer Pädagogik Bahnen bricht und gleichzeitig Entwicklungen auf höherer Ebene im Auge behält?

Wir streiken, rein in die Klassenzimmer!

Sparen wir uns an dieser Stelle die weitere Kritik an Bildungsstreiks und Selbstlerngruppen. Die Suche nach neuen Konzepten soll uns direkt zu gestalterischen Gedanken führen. Das Zusammenspiel von Streikbewegung und Selbstlerngruppen könnte also wie folgt aussehen: Die Arbeit der SchülerInnen würde im eigenen Klassenzimmer stattfinden. Ihr vorrangigstes Ziel muss die Vorbereitung der Klasse darauf sein, sich am Streiktag des Unterrichtes zu entziehen um dann in selbstorganisierten Gruppen die eigene Bildung zu besorgen. Maßstab für das Handeln der Lerngruppen wären die von den SchülerInnen selbstaufgestellten Forderungen, welche sie an den Unterricht haben[3]. Der Unterricht müsste zunächst komplett auf LehrerInnen verzichten können, was eine gute Vorbereitung seitens der SchülerInnen erfordert. Es ist unbedingt notwendig, dass sich die SchülerInnen bereits im Vorfeld darüber verständigen was in den selbstgestalteten Klassen gelernt werden soll, wie diese sich zusammensetzen und wo der Unterricht stattfindet damit das Projekt nicht in Ratlosigkeit untergeht. Welche zeitliche Dimension das ganze haben soll, hängt im wesentlichen davon ab, wie gut sich die SchülerInnen organisieren. Je besser der eigene Unterricht gestaltet wird, desto höher ist die Wahrscheinlichkeit immer mehr MitschülerInnen einzubinden. Was die innere Stabilität angeht, kommt es also auf die sorgfältige Vorbereitung an.

Dass die Hauptarbeit vor Ort passiert heißt aber nicht, dass die Aktionen auch nur an einer Schule passieren sollen. Je mehr sich die SchülerInnen über die Grenzen ihrer eigenen Schule hinweg vernetzen, desto mehr Aufmerksamkeit werden sie gewinnen können und desto effektiver können



Wissen und Erfahrungen weitergegeben werden.

Vom Streik lernen, heißt im Streik lernen

Auf den ersten Blick scheint nun die Kritik berechtigt, dass uns selbstorganisierter Unterricht auf dem Weg zu politischen Reformen keinen Schritt voranbringt. Dies ist aber auch nicht erstes Ziel der Idee. Es geht vielmehr darum Fortschritt und Alternativen erlebbar zu machen. Glückt das Projekt, sendet es gleich mehrere positive Signale. Die SchülerInnen vor Ort bekommen zunächst die Möglichkeit ihre Beziehungen untereinander neu zu bestimmen. Die Zusammenarbeit für gemeinsame Ziele fördert den Zusammenhalt, was sich wiederum vorteilhaft auf die selbstverwalteten Lerngruppen auswirkt. Auch die Öffentlichkeit würde andere Schlüsse aus der neuen Streikbewegung ziehen können. Die offensichtlich konstruktive Richtung der Lerngruppen, erschwert es GegnerInnen die Proteste schlecht zu reden. Den SchülerInnen zu unterstellen, sie würden die Proteste nur zum Schwänzen nutzen, wäre angesichts der Tatsache dass sie in ihren Klassen sitzen und sich selber unterrichten, absurd. Erst auf längere Sicht lässt sich dann das tatsächliche politische Potenzial dieser Form von Bildungsprotest auch erkennen. Haben die SchülerInnen sich erstmal ausprobiert und wissen wie ihre Ziele aussehen, sind auch die Augen geöffnet für alles was diesen Zielen widerspricht. Und in Folge dieses Bewusstseinsprozesses lassen sich die Brücken in andere Formen des Kampfes schlagen.

Raus aus der Abgeschiedenheit

Jugendliche sind in ihrer Rolle als SchülerInnen kaum in der Lage eine politische Forderung zu stellen 4. Deswegen ist es wichtig sich so viele verbündete Menschen mit ins Boot zu holen wie es nur möglich ist. LehrerInnen zum Beispiel wurden so gut wie gar nicht in die Bildungsstreikbewegung eingebunden, doch auch hier könnten die Selbstlerngruppen Abhilfe schaffen. Schließlich sind die meisten LehrerInnen auch mit anderen Erwartungen in diesen Beruf gekommen. Solange sie das Konzept der SchülerInnen respektieren, spricht nichts dagegen, sie teilhaben zu lassen. Tatsächlich könnte der freudschaftliche Schulterschluss mit den SchülerInnen bei vielen eine ganz neue Erfahrung darstellen, und zwar eine, die ihrem Berufsbild näher kommt als der Alltag. Und im Alltag könnte diese Erfahrung dann auch dabei helfen, den Unterricht für alle angenehmer zu gestalten. Sind sich Lehrende und Lernende erst gleichberechtigt gegenübergetreten, kann das zwischenmenschlich viel bewegen. Doch mit den LehrerInnen fängt es erst an.

Jede Schule ist ein wirtschaftlicher Organismus, der entdeckt werden will. Da sind Angestellte in der Cafeteria, HausmeisterInnen und andere Putzkräfte, ReferndarInnen mit Kontakten zur Uni und auch die SchülerInnen selber, zum Beispiel als MinijobberInnen. Überall steckt das Potenzial gemeinsame Forderungen zu finden, sich kennen zu lernen, gemeinsam zu Kämpfen.

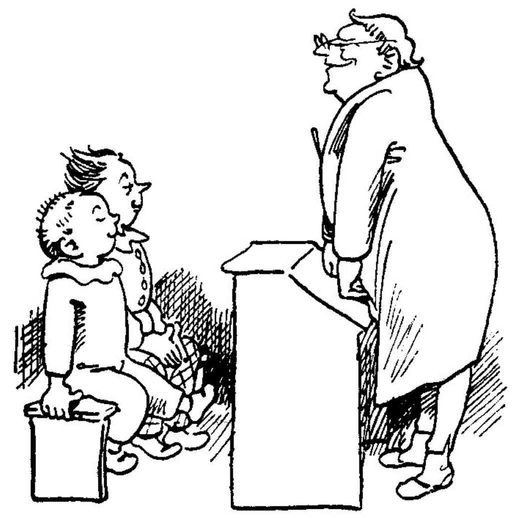
Der Verlauf der Dinge ist letztlich nicht voraus zu sehen und mit neuen Konzepten werden auch viele Probleme auf die SchülerInnen zukommen. Das muss der Vollständigkeit halber erwähnt werden. Alle Konzepte mit all ihren möglichen Folgen bleiben aber fragwürdig solange sie nicht ausprobiert werden. Und deswegen sollte man nie Angst haben den ersten Schritt zu gehen. Praxis bleibt die beste Form der Selbstbildung.

[1] Es muss hier zwischen verschiedenen Selbstlerngruppen unterschieden werden. So bieten einige Schulen zwar von SchülerInnen organisierte Nachhilfe an, diese haben jedoch die Funktion Fehler des Schulsystems auszugleichen und somit stabilisierend zu wirken. Wir sprechen von Gruppen, die sich bewusst gegen die Schule abgrenzen.

[2] Solche Verknüpfungen wurden durchaus schon versucht. Dies jedoch meistens im Zuge von Studierendenprotesten. Für SchülerInnen ist das Gebiet noch relativ unerforscht.

[3] Sowohl gängige Forderungen z.B nach kleineren Klassen, als auch Ideen aus der libertären Pädagogik, wie wir sie in Teil I formulierten, könnten hier umgesetzt werden. Als grundlegend wurden genannt: Selbstbestimmte Unterrichtsinhalte, Gleichheit zwischen Lehrenden und Lernenden, freie Zeiteinteilung, konkurrenzloses Lernen. (Siehe Schwarzes Kleeblatt Nr.5)

4 Grund dafür ist die Tatsache, dass ein SchülerInnenstreik das Funktionieren der Gesellschaft nicht beeinträchtigt. Der Soziologe E. O. Wright nennt dies strukturelle Macht, um zu erklären warum manche ArbeiterInnen erfolgreicher Streiken können als andere. Neben der strukturellen Macht nennt er noch die Organisationsmacht als Faktor.



Keine Chance bei Bewerbung

Semesterbeginn - für viele platzt der Traum vom Studienplatz in Berlin

Ein Richterspruch gab angehenden StudentInnen Hoffnung, der Senat nahm sie wieder. Als am 20. Dezember 2011 zwei Psychologiestudentinnen erfolgreich um einen Platz an der HU Berlin klagten, kündigte der berliner Verfassungsgerichtshof damit das Ende der gängigen Zulassungsverfahren an den hiesigen Hochschulen an. Anlass war eine Gesetzeslücke, die offen ließ, wie Universitäten ihre freien Kapazitäten zu errechnen haben. Ohne eine solche Regelung, hatten die Hochschulen keine rechtliche Grundlage StudienbewerberInnen abzuweisen. Die Hoffnung war groß, dass der Senat im kommenden Gesetzesentwurf wenigstens kleinere Zugeständnisse an die StudienänfangerInnen wagt, und die Kapazitäten großzügiger Berechnen lässt. Doch schon jetzt zeichnet sich die Enttäuschung ab. Mitglieder der Allgemeinen Studierendenausschüsse (Asten) schätzen, dass durch das von der Senatsverwaltung für Bildung, Wissenschaft und Forschung geplante Verfahren, 15% weniger Studienplätze bereitgestellt werden, als es schon der Fall ist. Einer der Gründe, warum sich das Studienangebot verringert ist, dass für die Betreuung von Lehrveranstaltungen und Abschlussarbeiten der gleiche Arbeitsaufwand verbucht wird. In der Theorie wünschenwert aber fernab der Realität. Aber auch das enthaltene „Bandbreitenmodell“ trägt seine Mitschuld, denn es ermöglicht Unis Studienplatzkapazitäten unkontrollierbar zu verschieben.

Gerade 2012, in dem Jahr in dem gleich zwei Abiturjahrgänge an die Unis drängen, setzt der berliner Senat ein fatales Zeichen für Betroffene. Der Druck auf SchülerInnen steigt doppelt. Sie müssen sich früh entscheiden was sie nach der Schule machen wollen, und können sich gleichzeitig immer weniger darauf verlassen, dass es mit der Lebensplanung auch klappt. Davon scheint der Senat wenig berührt. Der Aufforderung seitens der LandesAstenKonferenz Stellung zu nehmen, wird derzeit mit Schweigen begegnet.

SK

Open Minds for Pankow

VOSIFA lädt ein zum „Open Air for Open Minds“! Vom 31. Mai bis 02. Juni bereichert die Initiativgruppe aus dem Nord-Osten Berlins den Großbezirk Pankow mit einem weitem, unkommerziellen Angebot aus Politik, Kultur und Spaß. Es erwartet euch ein Wochenende mit Musik und alternativem Kulturprogramm, das euch raus aus dem Stadtzentrum locken soll. Veranstaltungsort ist 2012 der Jugendklub „Oktopus“ in Französisch Buchholz. Der Eintritt beträgt 1 Euro.

Die drei frühsommerlichen Tage im Juni, sind gefüllt mit einem vielfältigen Angebot an Gruppen und Projekten, die ihre lokale und internationale Arbeit präsentieren. So zeigen u. a. Interbrigadas e. V. ihr Engagement in Lateinamerika und heizen die Stimmung mit einem spannenden Graffiti-Stylebattle ein, und viele politische Gruppen klären über ein weites Feld interessanter Themen auf.

Über 20 verschiedene Acts animieren am Freitag mit Hip Hop und am Samstag mit Punk/Hardcore zum Tanzen. Mit dabei sind u. a. die MCs von Microphone Mafia, die Pilskills und Frei Schnauze! Auch Newcomer finden auf dem „Open Air for Open Minds“ einen Platz, der beim Bandcontest am 04.05. erkämpft werden kann. Neben einem Gig auf der Hauptbühne gibt zwei Tage im Studio des MAXIM in Weißensee zu gewinnen. Die Anmeldung erfolgt über bandcontest@vosifa.de

VOSIFA ist ein loser Zusammenschluss junger Menschen, die seit 2006 vor der eigenen Haustür etwas bewegen wollen. Mit dem jährlichen Festival, Workshops, Themenabenden, Ausstellungen, Partys und einer eigenen Radiosendung versuchen wir Interesse für politische Themen und gesellschaftliche Zusammenhänge zu wecken. Die Mitglieder der Gruppe leben vor, wie man vor Ort mit basisdemokratischen Entscheidungen und gegenseitigem Respekt tolle Sachen auf die Beine stellt.

Alle Infos unter **vosifa.de.**





Termine

21. April | Tresen
Es ist mal wieder ASJ Tresen und wir haben Grund zu feiern. Vor (auf den Tag genau) 3 Jahren hatten wir unser erstes offenes Plenum. Dies nehmen wir zum Anlass unsere Arbeit der letzten Jahre auszustellen. Dazu Sekt und veganes Buffet. Auf weitere Jahre ASJ Berlin! Ab 19:30 Uhr, wie immer in der Lunte (Weisestraße 53 – Neukölln | U 8 Boddinstraße).

28. April| WMD
Der Workers Memorial Day ist ein internationaler Tag des Gedenkens an Lohnarbeiter, die bei der Arbeit getötet, verstümmelt, verletzt wurden. In Berlin wird die ASJ zusammen mit der Sektion Bau & Technik der FAU eine Kundgebung durchführen.
Infoveranstaltung: 27.4 | 19.00 Uhr | FAU Lokal
Kundgebung: 28.4 | 12.30 Uhr | Karl-Marx-Platz (Neukölln)

30.April| Demo gegen Gentrifizierung
Die Antikapitalistische Walpurgisnacht zieht in den Wedding. Kommt zahlreich und setzt ein Zeichen gegen Ausgrenzung, Rassismus und Stadtumstrukturierung. Ab 14:30 wird es wieder viele interessante Redebeiträge, Theaterperformances, sowie Musik von den „Crushing Caspars" (HC aus Rostock), „Desinfect" (Punk aus Berlin) und zwei weiteren Acts geben. Die Demonstration geht um 21 Uhr los. Achtet auf weitere Ankündigungen. Ort: Gerichtstraße Ecke Adolfstr. (Nähe S+U-Bhf. Wedding).

1. Mai| Kampftag der ArbeiterInnen
Unser Tipp für einen schwarz-roten 1. Mai? Startet mit der Gewerkschaftsdemo (Treffpunkt 9 Uhr | Hackescher Markt), kommt uns dann bei unserem Stand auf dem Mariannenplatz besuchen und zum Abschluss geht es dann zur revolutionären 1. Mai Demo. Los geht es um 18 Uhr am Lausitzer Platz. Und immer die Augen nach unseren Transpis und Fahnen offen halten.

2. Mai| Kampf- und Feiertag der Erwerbslosen|13 Uhr Senefelder Platz
Parteien von Links bis Rechts wollen die Arbeitslosigkeit bekämpfen, aber eigentlich werden die Arbeitslosen bekämpft. Was für ein Skandal! Kommt zur Demo um 13 Uhr am Senefelder Platz.

An dieser Stelle sollten noch viele Termine folgen, die leider keinen Platz mehr gefunden haben. Um auf dem neusten Stand zu bleiben, geht auf unsere Seite, dort findet ihr unter "Kommende Termine" alles was in den nächsten Monaten noch auf uns zukommt.

AS... What?

Selbstverständnis der ASJ Berlin

Die Anarchosyndikalistische Jugend Berlin versteht sich als Kultur- und Kampforganisation nach Selbstverwaltung strebender Jugendlicher. Ziel ist es, die gesellschaftliche Selbstverwaltung in allen Lebensbereichen umzusetzen, um so letztendlich eine Gesellschaft ohne Herrschaft des Menschen über den Menschen zu verwirklichen. Ihre Mitglieder setzen sich zusammen aus SchülerInnen, Studierenden, Auszubildenden und jungen Menschen mit und ohne Arbeit. In unserer alltäglichen Arbeit organisieren wir sowohl kulturelle Veranstaltungen wie z.B. Lesungen, Info- und Diskussionsabende, Filmvorführungen, Konzerte und Partys, aber auch unsere eigenen Bedürfnisse z.B. in Bildungseinrichtungen, am Arbeitsplatz, etc. Die Mittel zur Durchsetzung unserer Bedürfnisse wählen wir selbst und gemeinsam. Dabei können Demonstrationen, Kundgebungen und Veranstaltungen, aber auch direkte Aktionen wie Blockaden, Streiks und Besetzungen eine Rolle spielen. Es erscheint uns als sinnvoll und notwendig alltägliche politische, soziale und ökonomische Kämpfe mit unseren herrschaftsfreien Ideen und Anschauungen zu verknüpfen. Wenn Du also deine Interessen und Bedürfnisse nicht mehr anderen überlassen, sondern selbst handeln willst, komm zu uns! Lass uns kreativ daran arbeiten und gemeinsam und solidarisch Lösungen finden.
Es ist Zeit sich zu organisieren, denn allein machen "sie" dich ein.

ASJ-Gruppen:



Leipzig
http://asjl.blogsport.de/
asj-leipzig@googlegroups.com

Göttingen
http://asjgoe.blogsport.de/
asj-nds@gmx.de

Bonn
http://asjbonn.blogsport.de/
asjbonn@riseup.net

Mainz
http://asjmainz.blogsport.de/
asjmz@hotmail.de

Moers
http://asjmoers.blogsport.de/

Berlin
http://asjberlin.blogsport.de
asj-berlin@riseup.net

Herne/ Recklinghausen
http://asjruhrpott.blogsport.de/
asjruhrgebiet@riseup.net

Köln
http://asjkoeln.blogsport.de
asjkoeln@riseup.net

Bielefeld
http://asjbielefeld.blogsport.de/
asjbielefeld@riseup.net

Bremen
http://www.asj-bremen.org/
webmaster@asj-bremen.org

